

Format de citation

Dinkel, Jürgen: review of: Rinna Kullaa, Non-Alignment and Its Origins in Cold War Europe. Yugoslavia, Finland and the Soviet Challenge, London: I. B. Tauris, 2012, in: Südost-Forschungen, 72 (2013), p. 516-518, <https://recensio-stag.lorax.syslab.com/r/5246d785a75940fdb0dd9ea61249e0f3>



copyright

Cet article peut être téléchargé et/ou imprimé à des fins privées. Toute autre reproduction ou représentation, intégrale ou substantielle de son contenu, doit faire l'objet d'une autorisation (§§ 44a-63a UrhG / German Copyright Act).

Rinna KULLAA, *Non-Alignment and Its Origins in Cold War Europe. Yugoslavia, Finland and the Soviet Challenge*. London, New York: I. B. Tauris 2012. 280 S., ISBN 978-1-8488-5624-0, £ 54,50

Seit einigen Jahren wächst das Interesse von Historikern an den neutralen und bündnisfreien Staaten im „Global Cold War“. In diese Entwicklung fügt sich die Studie von Rinna Kullaa ein. In ihrer Dissertation analysiert Kullaa die außenpolitischen Beziehungen zwischen Finnland respektive Jugoslawien und der Sowjetunion zwischen den Jahren 1948 bis 1958. Konkret fragt sie danach, wie es Finnland und Jugoslawien nach dem 2. Weltkrieg gelang, eine totale Eingliederung in den entstehenden Ostblock sowie eine politische Unterordnung unter die Sowjetunion zu verhindern und eine eigenständige Außenpolitik zu verfolgen. Zur Beantwortung dieser Fragen untersucht sie auf der Basis eines breiten Quellenkorpus, der Materialien aus mehreren sowjetischen, finnischen und jugoslawischen Archiven berücksichtigt, vier „Ereignisse“, während derer die außenpolitischen Beziehungen zwischen Finnland respektive Jugoslawien und der Sowjetunion jeweils neu ausgehandelt wurden.

Chronologisch angeordnet sind dies: die Friedens- und Handelsverträge zwischen Finnland und der Sowjetunion in den Jahren 1947 und 1948 beziehungsweise der Bruch zwischen Titos Jugoslawien und Stalins Sowjetunion im Jahr 1948; der Tod Stalins im Jahr 1953 und die neue sowjetische Außenpolitik unter Chruschtschow; die Ungarn-Krise im Jahr 1956 und die diplomatische Krise der Jahre 1957/1958 zwischen den genannten Ländern.

Die Entwicklungen in Finnland und Jugoslawien immer wieder vergleichend, arbeitet Kullaa dabei Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den außenpolitischen Beziehungen beider Länder zur Sowjetunion heraus. Finnland kämpfte im 2. Weltkrieg gegen die Sowjetunion, weshalb die finnische Regierung nach dem Krieg umfangreichen Reparationszahlungen zustimmen und etwa 10 % ihres Territoriums an die Sowjetunion abtreten musste, mit der das Land eine knapp 1300 km lange Grenze teilte. Vor diesem Hintergrund formulierten der finnische Staatspräsident Juho Kusti Paasikivi und der Sprecher des Parlaments Urho Kekkonen Ende der 1940er Jahre ihre außenpolitische Richtlinie, die sogenannte Paasikivi-Kekkonen-Linie gegenüber der Sowjetunion. Sie erklärten sich zu weitgehenden Zugeständnissen im militärischen, politischen und wirtschaftlichen Bereich an die Interessen der Sowjetunion bereit, um die staatliche Souveränität Finnlands zu erhalten. Unter anderem legalisierten sie die Kommunistische Partei Finnlands, verzichteten weitgehend auf diplomatische Beziehungen zu den europäisch-atlantischen Organisationen und hielten sich in der internationalen Politik mit Kritik an der sowjetischen Politik, wie beispielsweise während der Ungarn-Krise, zurück. Mit dieser Politik, so Kullaa, schaffte es die finnische Regierung, trotz massiver innenpolitischer Kritik an ihrer Außenpolitik, die vollständige Eingliederung Finnlands in den sowjetischen Machtbereich zu verhindern und eine eigenständige neutrale Außenpolitik zu betreiben.

Völlig anders stellte sich die Ausgangslage Jugoslawiens dar. Die jugoslawischen Partisanen unter der Führung Titos hatten sich im 2. Weltkrieg als einzige Widerstandsbewegung selbst von der nationalsozialistischen Herrschaft befreit und blickten nach der Machtübernahme in Jugoslawien dementsprechend selbstbewusst in die Zukunft. Trotz ihrer kommunistischen Überzeugung waren sie nicht zu einer Unterordnung unter die Sowjetunion bereit, was

bereits im Jahr 1948 zum Bruch zwischen beiden Ländern führte. Die jugoslawische Führung reagierte auf diese Situation u. a. mit dem Ausbau und der Professionalisierung ihres Außenministeriums, das Kontakte in die postkoloniale Welt und in den Westen aufbaute und damit einerseits den Handlungsspielraum der jugoslawischen Führung vergrößerte, andererseits die Abhängigkeit der jugoslawischen Außenpolitik von persönlichen Beziehungen und einzelnen Personen verringerte. Ab Mitte der 1950er Jahre regelte dann das jugoslawische Außenministerium unter Koča Popović weitestgehend die jugoslawischen Beziehungen zur Sowjetunion, die sich nach dem Tode Stalins wieder verbesserten. Es organisierte einen kontinuierlichen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Austausch und sorgte dafür, dass die Beziehungen zwischen beiden Ländern, trotz der immer wiederkehrenden (persönlichen) Streitigkeiten zwischen ihren Führungen, stabil und belastbar blieben. Dabei verstand es das Außenministerium geschickt, das Sicherheitsbedürfnis der sowjetischen Führung zu befriedigen, ohne sich politisch zu sehr an die Positionen der Sowjetunion zu binden.

Bis zu diesem Punkt ist Kullaa Darstellung der jugoslawischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion quellengesättigt und überzeugend. Der Leser erfährt allerdings nur wenig über die im Titel angekündigten Wurzeln der Bündnisfreiheit. Dies holt Kullaa auf den letzten acht Seiten ihrer Arbeit skizzenhaft nach, indem sie Titos Überlegungen zur Bündnisfreiheit beschreibt, ohne diese allerdings zu analysieren und zu kontextualisieren. Besonders die zeitgleichen Überlegungen von Jawaharlal Nehru und Gamal Abdel Nasser zu einer bündnisfreien Außenpolitik und die Interaktionen zwischen diesen Staatsmännern bleiben in dem Band weitgehend außen vor.

Kullas Studie leistet einen wichtigen Beitrag zur Historiographie des Kalten Krieges in Europa, da sie auf einer dichten empirischen Grundlage aufzeigt, wie ein kleiner und ein mittelgroßer Staat an der Grenze der sowjetischen Einflusszone die sowjetische Politik deuteten und darauf mit einer Politik der Neutralität reagierten, um sich eine eigenständige Position in der internationalen Politik zu erhalten. Darüber hinaus zeigt sie die Machtkonstellationen und Mechanismen auf, die in den 1950er Jahren in Finnland und Jugoslawien außenpolitische Entscheidungen hervorbrachten. Dies ist umso mehr zu begrüßen, da die neueren Gesamtdarstellungen zur Geschichte Jugoslawiens der Außenpolitik des Landes nur einen sehr kleinen Raum zugestehen.

Weniger überzeugend gelingt es Kullaa, den Wandel der jugoslawischen Außenpolitik von einer Politik der Neutralität hin zu einer Politik der Bündnisfreiheit zu erklären. Die Kontakte und (Freundschafts-)Beziehungen zwischen Tito und dem jugoslawischen Außenministerium mit Politikern aus postkolonialen Ländern werden zwar erwähnt, aber nicht analysiert. Der Leser erfährt somit nur, dass die Kontakte Jugoslawiens in die postkoloniale Welt seit dem Jahr 1949 ständig zunahmen, wobei nicht untersucht wird, welchen Stellenwert diese für Tito oder das jugoslawische Außenministerium besaßen und in welchem Verhältnis sie zur jugoslawischen Außenpolitik gegenüber der Sowjetunion standen. Insofern führt der Titel des Buches „Non-Alignment and Its Origins in Cold War Europe“ in die Irre und baut eine Erwartungshaltung auf, die die Studie nicht erfüllt. Das zentrale Thema des Buches gibt der Untertitel „Yugoslavia, Finland and the Soviet Challenge“ wieder. Kulla setzt damit Arbeiten von Svetozar Rajak fort, bedauerlicherweise ohne

auf diese einzugehen. Besonders durch den Vergleich von Finnland und Jugoslawien legt sie eine fundierte Studie zur Frühphase des Kalten Krieges in Europa aus der Perspektive zweier in den *Cold War Studies* eher wenig beachteten Länder vor.

Gießen

Jürgen Dinkel

Nicole MÜNNICH, Belgrad zwischen sozialistischem Herrschaftsanspruch und gesellschaftlichem Eigensinn. Die jugoslawische Hauptstadt als Entwurf und urbane Erfahrung. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2013 (Balkanologische Veröffentlichungen, 57). 444 S., ISBN 978-3-447-06881-9, € 74,–

Anfang 1962 entschloss sich die Belgrader Stadtverwaltung, alle von Menschen oder Tieren gezogenen Fuhrwerke auf den Straßen Belgrads zu verbieten. Gedacht war dies als Maßnahme, um ein Zeichen rückständiger bäuerlicher Lebenskultur aus der sozialistischen Metropole zu verbannen. Leider hatten die Stadtväter nicht bedacht, dass es nicht genügend Lastwagen gab, die die Pferdefuhrwerke hätten ersetzen können. Der Beruf der Lastenträger erlebte eine nicht vorgesehene Konjunktur. Schließlich musste die Armee einspringen, indem sie temporär 600 ihrer Lastwagen für den Transport von Gütern nach und in Belgrad zur Verfügung stellte. Diese Episode, die Nicole Münnich in ihrer Gesellschaftsgeschichte Belgrads schildert (359f.), repräsentiert eines der zentralen Themen dieser Arbeit: das wiederholte Scheitern – gemessen an den politischen Intentionen – von Modernisierungsprojekten in Belgrad, sei es, weil sich die Bevölkerung diesen entzog oder weil die politischen Visionen nicht mit den materiellen Möglichkeiten korrespondierten.

In den letzten Jahren erfreut sich die Sozial- und Kulturgeschichte Belgrads eines regen historiographischen Interesses. Dubravka Stojanović und Nataša Mišković schilderten die unzureichende bzw. oberflächliche Modernisierung Belgrads im „langen“ 19. Jh.,¹ Predrag Marković stellte die besondere Position Belgrads zwischen Ost und West während des Kalten Krieges dar.² Nicole Münnich greift in ihrer Studie, die 2010 als Dissertation an der Universität Leipzig verteidigt wurde, einige dieser Themen auf, entwirft aber einen Interpretationsansatz, der über Dichotomien – wie „Moderne“ und „Rückständigkeit“ – hinausgeht. Die zentrale konzeptionelle Grundlage dafür ist das Lüdtkesche Paradigma des Eigen-Sinns: Die jeweils unterschiedlich motivierten Bedürfnisse, Erwartungen und Praktiken der „einfachen“ Belgraderinnen und Belgrader sorgten für eine deutliche Modifikation des revolutionären Vektors der Stadtpolitik. Das am Beispiel Belgrad entwickelte Phänomen der „Rurbanisierung“ differenziert Münnich, indem sie dieses nicht als Trägheit der ländlichen Kultur der in die Stadt migrierten Bauern erklärt, sondern als eine durchaus rationale Anpassung an die spezifischen Bedingungen und Unzulänglichkeiten der Metropole (374). Mit diesem konzeptionellen Apparat plazierte sich die Arbeit zugleich im Kontext neuerer Interpretationen des Staatssozialismus (und leistet einen Beitrag zu diesen), die diesen nicht in binären Oppositionen, sondern in Begriffen der Aushandlung und der Herrschaft als soziale Praxis begreifen. Münnich möchte „sowohl den Alltag und die Lebensweise [...] in